

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Band: 175 (2009)

Heft: 03

Artikel: Die Armee ist zu gross und ihre Bereitschaft reicht nicht

Autor: Ernst, Hans-Ulrich

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-257>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Armee ist zu gross und ihre Bereitschaft reicht nicht

Die Schweiz hat nicht die Armee, die sie braucht. Im Vergleich mit Finnland, Schweden und Österreich ist es ein Massenheer geblieben, weil die Dienstpflicht bei uns über viele Jahre verteilt neben dem zivilen Beruf zu leisten ist. Für die Bereitschaft zählen aber nur die Verbände, die zufällig im Wiederholungskurs stehen. Das muss im Dienstleistungsplan Jahre zum Voraus festgeschrieben werden.

Hans-Ulrich Ernst

Verbindlich sind die Dienstleistungsdaten für die Armeeingehörigsten aber nicht. Bis drei Tage vor Beginn kann der Dienst noch verschoben werden. Jeder Dritte macht davon Gebrauch und neun von zehn Armeeingehörigsten sind mit ihrer WK-Pflicht im Rückstand.

Das wirtschaftliche Prinzip, soviel Personal aufzubieten, wie man für die gestellten Aufgaben benötigt, kann das schweizerische Wehrsystem nicht erfüllen. Für die Euro-08 wurden 15 000 Armeeingehörigste aufgeboten. Aber nur 10 000 standen effektiv im Einsatz. Das Schlauchbootunglück an der Kander hat etwas damit zu tun. Für das leistungswillige, aber unterbeschäftigte Kader organisierte der Kommandant einen «event». Nachvollziehbar, aber amateurhaft und mit tragischen Konsequenzen. Die Miliz mit ihrem Arbeitsethos und Leistungsdruck aus dem Zivilen erträgt Langeweile schlecht. 120 000 Aktive wäre der Sollbestand für Einheiten und Stäbe der Schweizer Armee. Zum Vergleich: Schweden hat 24 000, Finnland 29 300 und Österreich 39 800. Der Effektivbestand belief sich aber vor Jahresfrist auf ungläubliche 199 272 Aktive! Das ist der Überhang aus dem letzten Bestandesabbau von Armee XXI. Zudem spiegelt sich hier die zunehmende Unvereinbarkeit von zivilen und militärischen Pflichten bei älteren Jahrgängen. Überzählige sind Kostentreiber, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die persönliche Ausrüstung jedes Armeeingehörigsten einen Wert von 5000 Franken hat und jeder Dienstag das VBS 35 Franken und die Erwerbssatzordnung im Schnitt 150 Franken kosten. Die Überbestände und die fehlende Verlässlichkeit, ob Pflichtige auch wirklich ein-

rücken, ist die Hauptursache für die bekannten Probleme in der Logistik.

Das Zwei-Armeen-Prinzip und die kantonale Wehrhoheit

Dass zwischen Rekrutenschule und WK-Miliz Welten liegen, ist tief im Volksbewusstsein verankert. Die Lehre macht man angeleitet von andern Lehrlingen unter der Supervision von Instruktoren, während erst im Wiederholungskurs mit dem richtigen Kader Kohäsion und Verbandsleistung erreicht wird. Immerhin hat die Armeereform XXI für die Miliz eine wichtige Verbesserung gebracht. Seit 2004 muss die Offizierslaufbahn nicht mehr mit einer Umwegschleife von sechs Monaten als Unteroffizier erkaufte werden. Heute wird man nach internationalem Standard Offizier in einem Jahr, was für die Wirtschaft über 500 000 Dienstage pro Jahr

eingespart hat. Unter Effizienzgesichtspunkten bleibt aber die Trennung in Ausbildungs- und Einsatzarmee höchst unbefriedigend, weil die beschränkten Dienstage in zwei grundverschiedenen Strukturen absolviert werden. Wenigstens fielen mit der Armeereform 95 die Umteilungen in der Landwehr und im Landsturm durch den späten Verzicht auf Heeresklassen weg. Ein krasses Beispiel war die Umschulung von Panzerbesatzungen zu Festungskanonieren. Heeresklassen waren ein Überbleibsel aus der Zeit der Kontingentsmiliz, die im Nachgang zur Bundesverfassung von 1874 abgeschafft wurde. Geblieben ist die kantonale Wehrhoheit, nachdem die angestrebte Zentralisierung 1872 und nochmals 1895 am Föderalismus scheiterte. Inhaltlich ist aber die Verfügbarkeit über kantonale Truppen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung seit langem toter Buchstabe. Frü-

Lösungsansatz: Intelligenter Mix aus WK-Miliz und Durchdiener

Im Auftrag der Direktion Sicherheitspolitik des VBS entstand vor drei Jahren das Konzept «Miliz XXI». Es wurde vom Planungsstab der Armee für umsetzbar erklärt. Das Konzept hält an der allgemeinen Wehrpflicht fest und beschreibt eine Armee von 30 000 Aktiven, wovon 18 000 herkömmliche WK-Miliz und 12 000 Durchdiener sind. Neun von zehn Rekruten würden ihren Militärdienst, der nach finnischem Vorbild von 10 auf 7 Monate verringert werden könnte, am Stück als Durchdiener leisten. Diese stehende Truppe aus 9000 wehrpflichtigen Soldaten und 2500 Zeit- und Berufskader (500 Zeitstellen stunden zusätzlich für friedensfördernde Einsätze im Ausland zur Verfügung) bilden rund um die Uhr verfügbare Verbände aus allen Trup-

pengattungen und Dienstzweigen. Die aus ehemaligen Durchdienern gebildete Aufwuchsreserve, die gegenwärtig nur 10 289 Angehörige zählt, würde den angestrebten Sollbestand von 80 000 in wenigen Jahren erreichen. Aus einem Mehr- und Minderbedarf an vollamtlichem Personal resultiert ein Abbau von 1000 Stellen, was zusammen mit rund einer Million weniger Dienstage zu einer Einsparung in der Erwerbssatzordnung und im Militärbudget von gegen 400 Millionen Franken im Jahr führen würde. Diese aus dem Milizprinzip weiterentwickelte Heeresorganisation ist ungleich leistungsfähiger und milizverträglicher, minimiert die Probleme in der Logistik und bei den Instruktoren und nützt der Volkswirtschaft.

her, weil die Kantone solche Einsätze selber hätten bezahlen müssen und heute, weil kleinere Kantone gar nicht mehr über geeignete Verbände verfügen. Die bürokratische Ausgestaltung der Kontrollführung hat in der Armee XXI sogar noch zugenommen. Nicht der Heimatkanton eines Verbandes ist für Dispensationen zuständig, sondern der überforderte Milizkommandant muss sich mit 26 Militärverwaltungen des Wohnsitzkantons seiner Untergebenen herumschlagen. Immer wieder wurde Heeresorganisation politisch instrumentalisiert und tabuisiert. Renommiertere Militärgeschichtler beschreiben das als «lange Zeitläufe», mit denen unser Wehrwesen dem globalen Wandel hinterher hinkt.

Zuwenig Instruktoren und fehlender Kadernachwuchs

Das Instruktorenproblem bleibt trotz des auf 1800 angewachsenen Bestandes ungelöst. Die hohe Fluktuation wird mit dem Wegfall von Lohnnebenleistungen begründet. Die Malaise dürfte eher beim Berufsbild und der hierarchisch stark eingeschränkten Verwendung liegen. Instruktoren sind nicht Berufsmilitär wie man das sonst überall auf der Welt definieren würde, sondern reine Ausbilder. Kommandoverantwortung und Staberfahrung gewinnen sie wie Milizkader während höchstens drei Wochen im Jahr in der Einsatzarmee. Instruktionsoffizier wird man nach einer ein- oder dreijährigen Ausbildung kaum vor dem 25. Altersjahr. In der ureigentlichen Funktion als Einheitsinstruktor im Hauptmannsgrad ist man nur für kurze Zeit tätig. Die Karriere als Schulkommandant in einem Lehrverband steht nur wenigen offen. Die Kompensation mit einem Regimentskommando in der WK-Miliz gibt es seit 2004 nicht mehr. Die Gliederung in Brigaden nach weltweit üblichem Standard zwecks Schaffung flacherer Hierarchien hat die Schweiz mit Verspätung nachvollzogen. Das Instruktorenproblem liegt letztlich darin, dass es zuwenig Hauptleute und zu viele Obersten gibt in einem Anstellungsverhältnis, das noch stark Züge des unkündbaren Monopolberufes trägt wie seinerzeit bei SBB und PTT.

Die viel zu grosse Armee benötigt alljährlich 1240 Leutnants, erhält aber nur rund 1000. Das gleiche Manko bestand schon vor zehn Jahren in der Armee 95,

was zeigt, dass Appelle an Wirtschaftsführer und anderes Gesundbeten nichts genützt hat. Wo zu viele Verbände keine einleuchtenden Aufgaben zu erfüllen haben, fehlt die Motivation für Milizkarrieren, die faktisch freiwillig geleistet werden. Da hilft die immer noch im Militärgesetz statuierte Pflicht zur Annahme eines Grades wenig. Der Amtszwang ist auch bei politischen Ämtern kaum mehr durchsetzbar. Das hängt mit dem Wandel des Milizgedankens zusammen. Die Mehrfachverwendung kollidiert mit der Forderung nach Professionalität in der Leistungserbringung. Bei Behörden auf allen drei Hoheitsstufen macht die Nebenamtlichkeit immer mehr dem Halb- oder Vollamt Platz. Im Gesundheitswesen gibt es längst nur noch hoch spezialisierte und entsprechend entlohnte Berufe und keine Ehrenamtlichkeit um Gotteslohn mehr. Nostalgische Erinnerungen an die heile Welt von früher helfen nicht. Ohnehin steht «Miliz» in der öffentlichen Wahrnehmung eher für Mörderbanden und Warlords in Afrika als für ein angeblich identitätsstiftendes helvetisches Wehrsystem.

Wie weiter?

In seiner Klausur vom 26. November 2008 hat der Bundesrat das VBS mit einer Reduktion des Armeebestandes beauftragt. Das hat nichts mit dem Wechsel im Ressort zu tun. Sondern zunächst einmal mit der Demographie. Gab es 1990 noch rund 24 000 ausexerzierte, das heisst erfolgreiche Absolventen der Rekrutenschule, so ist diese Zahl inzwischen auf rund 21 000 gesunken und wird im Jahr 2025 auf 16 500 weiter stark abnehmen. Diese Rekrutengeneration ist schon geboren und positive (Einbürgerungen) oder negative Abweichungen (Gesundheit, Auslandurlaub) ändern die planerische Eingangsgrösse für den Armeebestand nicht. Entgegen einer immer wieder geäusserten Vermutung hat sich die Tauglichkeit nicht nennenswert verringert. Heute wird eben bei der Aushebung nicht nur für die Armee, sondern auch für den Bevölkerungsschutz und den Zivildienst rekrutiert. Auch wird nicht mehr im Zweifel für das Einrücken entschieden und erst in der Rekrutenschule abschliessend selektioniert. So sind die 60 Prozente eines Jahrganges, die Militärdienst leisten, insgesamt kaum niedriger

als im Kalten Krieg und mit Finnland vergleichbar.

Die Demographie löst aber weder den fehlenden Kadernachwuchs noch das Instruktorenproblem. Weshalb um alles in der Welt brauchen wir 100 000 Soldaten mehr als Länder, die wie wir die allgemeine Wehrpflicht kennen, nicht der Nato angehören, sich neutral erklären und von der Bedrohung her grösseren Risiken ausgesetzt sind als die Schweiz in ihrer geostrategischen Binnenlage? Bekanntlich kann unsere Armee nur mit einem Parlamentsbeschluss mobilisieren, was einer Art Erklärung des Kriegszustandes gleichkommt und aussenpolitisch wohl kaum jemals opportun wäre. Im heutigen wirtschaftlichen Umfeld ist die Planungsannahme, man könne für eine verteidigungsnahe Raumsicherung jeweils 30 000 Armeeangehörige für sechs Monate aus dem zivilen Beruf herausreissen, eine Illusion. Selbst während des zweiten Weltkrieges bei 30 Prozent Landwirten, wo Ehefrau und Grossvater den Hof durchschleppen konnten, wenn der Vater an der Grenze stand, musste im Juli 1940 im Angesicht der grössten militärischen Bedrohung durch Nazideutschland demobilisiert werden, weil die dienstpflichtigen Pferde für das Einbringen der Ernte unverzichtbar waren. Der Mehrfachverwendung waren schon früher Grenzen gesetzt und die fehlende Nachhaltigkeit der WK-Miliz für Dauerleistungen ist notorisch.

Als beim Hochwasser an der Aare im Frühsommer 1999 der Regionalflughafen Bern überschwemmt war und ein Rettungsbataillon seinen WK verschieben musste, rückte trotz hoher Dienstmotivation nur die Hälfte ein, weil sie am zivilen Arbeitsplatz unabkömmlich war oder die Ferien bereits kostenpflichtig gebucht hatte. Bei aufgeblähten Beständen verfügt also unsere Armee nicht einmal über die erforderliche Bereitschaft, um bei Naturkatastrophen oder anderen Einsätzen zur Existenzsicherung die fallweise erforderlichen Mittel verzugslos einsetzen zu können. ■



Brigadier aD
Hans-Ulrich Ernst
Generalsekretär EMD
1979–1996, Gründungs-
präsident Genfer Zentrum
für Sicherheitspolitik